

Pöfener Zeitung.

Achtzigster

Jahrgang.

 Dienstag, 13. März
(Erscheint täglich drei Mal.)

Nr. 182.

Das Abonnement auf diese täglich drei Mal erscheinende Zeitung beträgt vierteljährlich für die Stadt Posen 4½ Mark, für ganz Deutschland 6 Mark 45 Pf. Bestellungen nehmen alle Postanstalten des deutschen Reiches an.

Inserate 20 Pf. die sechsgehaltene Zeile oder deren Raum, Reklamen verhältnismäßig höher, sind an die Expedition zu senden und werden für die am folgenden Tage Morgens 7 Uhr erscheinende Nummer bis 6 Uhr Nachmittags angenommen.

1877.

Deutscher Reichstag.

7. Sitzung.

(Schluß.)

Berlin, 12. März. In der fortgesetzten Besprechung der Interpellation Günther und Richter ergreift nach der mitgetheilten Aeußerung des Präsidenten Hofmann das Wort Abg. Kapell: Wenn der Abg. Richter (Hagen) davor warnte, die wirtschaftliche Frage in ihrem inneren Kern vor das Parlament zu bringen, so war mir das nicht Neues. Es entspricht das ja ganz der Anschauung dieses Herren und dem Gefühl der ängstlichen Besorgnis, die sie davor haben, die soziale Frage offen von der Tribüne herab zu diskutieren; daher auch der bezeichnende Ausdruck, der hier heute gebraucht wurde: man solle doch um Gotteswillen an der sozialen Frage — nicht „tragen“. Die Herren von der Rechten sind vollständig im Irrthum, wenn sie meinen, die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs könne gegenwärtigen Missethätigen im Gewerbsleben auch nur im Geringsten abhelfen. Heute giebt es ein Gesetz im Lande, das viel mächtiger ist als jedes Kontraktbruchgesetz, das ist der Hunger. Wenn heute ein Arbeitgeber den Arbeitern erklärt, Du mußt zu diesen bestimmten Bedingungen arbeiten, dann hüthet er sich wohl den Kontrakt zu brechen, denn er weiß, daß sich sofort tausend andere hungernde Arbeiter zu der Stelle melden, mag der Lohn auch noch so schlecht sein. Als ich im waldenburger Kreise gegen den Fürsten Pleß kam, da sagten die Beamten den Arbeitern: wenn Ihr Kapell wählt, so stehen die Gruben stille und Ihr könnt verhungern. Was wollen Sie, meine Herren, solchen Zukunfts- und Thatfachen gegenüber im gegenwärtigen Augenblick mit solchen Mitteln bewenden, wie das Kontraktbruchgesetz; es ist das ja völlig nichts- und überflüssig. Obwohl wir anerkennen, daß die Gewerbeordnung sehr viel Schädliches für die Arbeiter und zahlreiche Mißstände enthält, können wir für die Interpellation doch nicht eintreten, da sie alle Heilmittel lediglich der Regierung überläßt, einer Regierung, die durch und durch reaktionär ist und die gegen die Arbeiter keine anderen Mittel kennt, als die der Polizeigewalt. Es hat sich das auch wieder bei der Enquete gezeigt, deren Bericht uns zugegangen ist. Die Berichte und Ergebnisse der Untersuchungen darin sind auf der größten Parteilichkeit gegen die Arbeiter dargestellt; man hat in erster Linie nur die Fabrikanten gefragt, haben höchstens solche Arbeiter, die bei ihren Herren sich lieb finden, gemacht, die Werksführer und dergleichen und daher den Arbeitgebern nach dem Munde reden. Man hat sich aber wohl gehütet, sich an die Arbeiterpartei zu wenden und aus ihren Reihen unparteiische Zeugnisse über die Zustände in den Fabriken u. dergl. zu hören. Man und gar muß ich befragen, was Herr Reichensberger über die heilsame Wirkung der Religion und der kirchlichen Gesinnung im Volke zur Lösung der sozialen Frage gesagt hat. Meine Herren! Im Kreise Neurode, wo ich zum Reichstage landbildet habe, sind die Leute alle sehr fromm, sehr religiös und sehr gut katholisch und kirchlich gefasst; da sind die Kirchen, wie ich mich selbst persönlich überzeugt habe, bei jedem Gottesdienst so gefüllt, daß buchstäblich kein Apfel zur Erde fallen kann. Und wie, glauben Sie, sieht es mit der wirtschaftlichen Lage des Volkes in diesem Kreise aus? Gerade im Kreise Neurode herrscht gegenwärtig das entsetzlichste Elend. (Hört! links.) Dort wüthet in diesem Augenblicke der Hungertypus in einem Grade, daß nach den neuesten Nachrichten in Neurode allein 115 Menschen daran erlegen sind und die Regierung selbst Angst vor der Weiterverbreitung bekommen und einen genauen Bericht verlangt hat. Nein, meine Herren, in den frommen Gegenden da herrscht gerade derselbe Unterschied zwischen Arm und Reich und dasselbe wirtschaftliche Elend des Volkes und dieselbe Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, wie in den Mittelpunkt der Sozialdemokratie, in den großen Städten, die bei den Frommen im Lande als irreligiös und sündhaft verschrien sind. Wir werden diese Fragen übrigens noch des Näheren erörtern, bei den positiven Anträgen, welche die Mitglieder meiner Partei im Hause stellen werden. Die liberale Partei hat sich freilich alle mögliche Mühe gegeben, uns nicht auf 15 Mann kommen zu lassen, um zu verhindern, daß wir selbständige Anträge stellen. Wir wissen auch, daß diese Anträge hier nicht Annahme finden; wir sind aber überzeugt, daß es kein anderes Mittel zur Lösung der sozialen Frage giebt als die Anerkennung der Grundfrage der Sozialdemokratie und wenn man uns gewöhnt hat, so erkennen wir daraus, daß das Volk veränderter geworden ist. (Heiterkeit.) Schließlich, meine Herren, sollen Sie sich bei dieser meiner ersten Rede im Hause gelangweilt haben, so müssen Sie es mir schon zu Gute halten; ich versichere Ihnen, ich habe mich bei vielen anderen Reden im Hause auch schon sehr gelangweilt. (Heiterkeit.)

Abg. Kasper: Wir sind keineswegs der Meinung, daß durch die Gewerbeordnung legislativ Alles erreicht sei, was auf diesem Gebiete zu erreichen ist. Ich glaube, daß die Interpellation der Sache, welche sie vertreten sollte, keinen guten Dienst geleistet hat. Es ist kein praktisches Vorgehen, jetzt eine Gesamtorganisation der Gewerbeordnung anzustreben. Auch meine Partei ist augenblicklich damit beschäftigt, sich über diejenigen Punkte zu informieren, von denen wir glauben, daß schon jetzt durch die Gesetzgebung geholfen werden könne, wenn gleich wir auf den einmal festgestellten Prinzipien fortbauen wollen. Wir sind auch der Meinung, daß das Verhältniß des Lehrherrs zum Lehrling kein so loses sein darf, wie das jetzt der Fall ist. Darüber scheint bei allen Parteien Uebereinstimmung zu herrschen. Und ebenso beschäftigen wir bei anderen Fragen nach und nach vorgehen, die reifen Fragen zu isoliren und eine Vereinbarung in der Gesetzgebung darüber herbeizuführen. Man scheint bei den Konservativen zweifelhaft über die Methode zu sein, ob eine große Masse von Mißständen der Regierung präsentirt werden soll, oder ob man isolirte Gesetzesvorlagen über einzelne Punkte machen und darin Grundzüge aufnehmen soll, welche von der Majorität doch nicht akzeptirt werden. Ein solcher konservativer Gesetzentwurf wird in Folge dessen kein greifbares Resultat erzielen, sondern nur Stoff zur Unterhaltung bieten. Meine politischen Freunde werden sich dagegen bemühen, eine greifbare Grundlage für ein künftiges Gesetz zu schaffen. Will man dies, und die Angelegenheit nicht bloß für Parteizwecke ausbeuten, so muß man zunächst die brennende Lehrlingsfrage, welche ein erhebliches und gewerbliches Interesse in sich birgt, in Angriff nehmen. Darauf hin werden wir eine Resolution beantragen. Diese unterscheidet sich wesentlich von der gegenwärtigen Interpellation. Die Regierung ist kaum im Stande, einen Gesetzentwurf vorzulegen, aus Furcht, die Meinung des Hauses sei noch nicht genügend geklärt, um den Gesetzentwurf zur Annahme gelangen zu lassen. Wenn aber durch eine Resolution inhaltlich die Anschauung des Hauses schon konstatirt ist, so kann die Regierung darauf hin einen Gesetzentwurf einbringen. Deshalb bitte ich die Herren von

der konservativen Partei, nicht früher auf die Berathung des von ihnen vorgelegten Gesetz-Entwurfs zu drängen, als bis sie Kenntniß von den aus unserer Mitte kommenden Auerbietungen haben werden. Wenn wir auch nicht Vieles bringen werden, so doch gewiß mancherlei, worin alle Parteien einstimmen können.

Abg. Günther: Der Abg. Richter (Hagen) hat den Zweck unserer Interpellation richtig dahin aufgefaßt, daß sie ein Stimmungsbild aus den weiten Kreisen der Gewerbetreibenden sein sollte. Sie hatte aber außerdem den Zweck, ein Stimmungsbild des Hauses und der Regierung hervorzuheben. Diese Zwecke hat sie erreicht. Wir waren nämlich darüber nicht im Zweifel, daß der Abg. Richter (Hagen) noch auf seinem früheren Standpunkte steht. Wir vertreten mit der Interpellation nicht die Prinzipien der konservativen Partei, sondern die Interessen der Gewerbetreibenden selbst, welche sie in vielen an uns gerichteten Petitionen zum Ausdruck gebracht haben. Wir sind nicht Vertreter der Idee des Polizeistaats, sondern die Vertreter dessen, was die Gewerbetreibenden selbst für sich als heilsam und notwendig erkannt haben. Feilsch, was wir mit den Gewerbetreibenden als notwendig erkennen, das nennt der Abg. Richter ein Erzeugniß des Brodneides und Duselei der Handwerker. Ich lege im Namen der letzteren gegen solche Ausdrücke Verwahrung ein; die Handwerker werden von den politischen Grundsätzen des Abg. Richter nicht satt und die Reaktion richtet sich natürlich gegen die jetzige übergrößen Schrankenlosigkeit in der Gesetzgebung, wodurch man das Gewerbe halbtoth liberalisirt hat. Unsere Interpellation war nicht vergeblich und wenn die Stellung der Regierung derselben gegenüber auch eine vorsichtige ist, so ist sie doch keineswegs eine präzis abweisende, wie der Abg. Braun geglaubt und gehofft hat. Sie hat, wenigstens nach Augen hin klar gezeigt, welche politischen Richtungen dem Gewerbe stande wohl geneigt sind und welche nicht. (Oh! links.) Nicht wir sind es jetzt, sondern der Abg. Braun war es, der zur Zeit der Verkündigung des Prinzips der freien Konkurrenz den Zeiger an der Uhr der volkswirtschaftlichen Bewegung hin und her schob bis auf die goldene Morgenröthe, welche nicht angebrochen ist. Wir wollen das Venodol nicht ganz regellos schwingen lassen. Wir wollen auch nicht einreißen, sondern aufbauen, aber nicht die Luftschlöffer des Abg. Braun.

Abg. Richter (Hagen): Es ist bezeichnend, daß Konservative und Sozialdemokraten uns vom entgegengesetzten Standpunkte gleich scharf angreifen. Danach scheinen wir also gerade in der richtigen Mitte zu sein. Die Redeweise des konservativen Herrn Günther und des sozialdemokratischen Herrn Kapell zeigen große Verwandtschaft. Der erste hält sich für einen besonderen Vertreter der Handwerksmeister, der andere für einen solchen der Arbeiter. Ich vertrete solche Klassen auch; Niemand im Hause hat das Recht, sich vorzugsweise als Vertreter eines Berufsstandes zu bezeichnen. (Sehr wahr! links.) Herr Günther hat Ausdrücke gebraucht, wie: man solle das Raß nicht zu Tode hegen; liberale Redensarten machen nicht satt. Ich empfehle Herrn Kapell solche Redensarten zur weiteren Verwendungs. (Heiterkeit.) Sehr gut! links. Widerspruch der Sozialdemokraten. Die Sozialdemokraten haben allerdings schon einen ausreichenden Vorrath solcher Redensarten; insofern sie sich nicht gebrauchen können, verwenden sie solche vielleicht noch mit Nutzen in ihren Volksversammlungen. (Heiterkeit links.) Für Herrn von Kleist-Netzow war Herr Kapell's Rede insofern lehrreich, als sie ihm zeigte, wohin seine Logik führen kann, allgemeine Mißstände ohne Weiteres der Gesetzgebung zur Last zu legen. Beide Herren haben in ihrer Darstellungsweise mehr gemeinsam, als sie sich bewußt sind. Herr Kapell meint, wir führten uns große wirtschaftliche oder soziale Fragen zu debattiren. Nun, ohne meinen Antrag auf Diskussion über die Interpellation, wäre er gar nicht in der Lage gewesen, seine schöne Rede zu halten. Schon die Dankbarkeit hätte ihm solchen ungeheuren Vorwurf ersparen müssen. (Heiterkeit.) Man fördert nur nicht die Aufgaben des Reichstages durch den Anschlag solcher allgemeinen Thematika ohne nähere Begrenzung. Wenn Herr Kapell erst parlamentarisch ausgearbeitet hat, wie er sich ausdrückte, so wird ihm klar werden, daß zwischen Reichstag und Volksversammlung ein Unterschied ist; der Reichstag nicht den Zweck hat, Wahlreden und Flugblätter, wie er und Herr von Kleist-Netzow gethan haben, zu reproduziren. Herr Kapell meint, das Durchbringen zu einer vernünftigen Aufschauungsweise habe ihnen ihre Wahlkreise erobert. Nun, Sie haben aber beinahe ebenso viel Wahlkreise wieder verloren, als Sie gewonnen; nach seiner Logik muß man hier also zu noch vernünftigerer Aufschauungsweise gekommen sein. (Heiterkeit!) Herr Kapell spricht von der Macht des Kapitals, vom Fürsten Pleß, in dessen Wahlkreise man Drohungen mit wirtschaftlicher Benachtheiligung ausgesprochen hat; das wird das Haus zu untersuchen haben. Sie haben nicht das Recht von dergleichen zu sprechen. Ihr Herr Reimer, Ihr hamburger Blatt hat in Altona proklamiert. Bei einem Krümer, der für Karsten stimmt, darf Niemand mehr etwas kaufen. (Hört! links.) Wer so, wie Sie im Glashause sitzt, der darf selbst gegen einen Fürsten nicht mit Steinen werfen. (Anbaurnde allseitige Heiterkeit.) Ich spreche natürlich nur aus Ihrer Anschauung heraus. Sie meinen, wir hätten uns vor Ihrem Annahms auf 15 gestürzt. Ob Sie nach Erreichung dieser Zahl selbständige Anträge einbringen, oder Ihre Anträge als Amendements, mozu es nur einer Stimme bedarf, an andere Vorlagen, z. B. an den konservativen Gesetzentwurf über die Gewerbeverhältnisse anhängen, ist uns ganz gleichgültig. Sie sollten überhaupt zu wenig Personen wie möglich hier sein, weil wir meinen, mit Ihrer Vermehrung wächst der Klaffenhaß, die Aufhebung der Berufsclassen unter einander. In Deutschland werden die Arbeitnehmer unzufrieden ihre Unternehmungen fortzuführen oder neue zu begründen. Die Sozialdemokraten sind mindestens so viel wie die Gründer an dem gegenwärtigen Nothstande schuld (Zustimmung); indem sie weiter agitiren, verbinden sie die weitere Befestigung des Vertrauens, tragen dadurch die größte moralische Verantwortlichkeit dafür, daß es noch immer nicht besser wird im Volke und in Deutschland. (Sehr richtig!) Vor dem Reichstage bedarf es ihnen gegenüber überhaupt keiner Erwiderung; was ich sage, spreche ich zum Lande. Wir bekämpfen Sie mit Entschiedenheit, weil wir die Meinung haben, daß Sie, die Sie vorgeben, Freunde der Arbeiter zu sein, in Wirklichkeit deren größte Feinde darstellen. (Lebhafter Beifall.)

Abg. Stum: bekämpft den Vorwurf, daß die Einbringung der Interpellation nutzlos gewesen sei. Sogar der Abg. Kasper, obwohl er auf wirtschaftlich ganz entgegengesetzten Boden steht, stimmt mit dem wesentlichen Inhalt derselben überein. Die Interpellation habe wenigstens Gelegenheit gegeben zur Meinungsäußerung der Regierung und der Parteien. Die Ansichten der meisten Redner aus den liberalen Parteien über den Gegenstand beruhten allerdings auf einer so oberflächlichen Kenntniß der Verhältnisse, daß die Interpellation schon dann sehr heilsam gewirkt habe, wenn sie diese Redner zu einem eingehenden Studium der Verhältnisse bis zur Vorlage der Gesetze

veranlassen würde. Der Zeitraum seit dem Erlaß der Gewerbeordnung sei auch nicht zu kurz, um schon jetzt auf Grund der Erfahrung zu Verbesserungen zu schreiten. Beim Strafgesetzbuche sei die Frist nicht so lang gewesen und dabei wären doch immer prinzipielle Fragen in Betracht gekommen. Redner geht sodann spezieller auf die Ergebnisse der Enquetekommission über Frauenarbeit ein und kommt zu dem Schluß, daß der freikonservativen Partei für die Einbringung der Interpellation derselbe Dank gebühre, welchen der Abg. Braun der Konservativen für ihren Gesetzentwurf gezollt habe.

Die Diskussion wird geschlossen.
Persönlich bemerkt Abg. Fürst v. Pleß gegen den Abg. Kapell, daß er während der Wahlkampagne gar nicht in seinem Wahlkreise anwesend gewesen sei, also keine ungebührliche Wahlbeeinflussung habe ausüben können. Sei das von seinen Beamten geschehen, so stünde ja dem Abg. Kapell das Recht des Protestes gegen die Wahl zu.

Abg. Kapell bestreitet, von einer persönlichen Wahlbeeinflussung des Abg. Fürsten v. Pleß gesprochen zu haben und eben so, daß in Altona offiziell eine ungebührliche Beeinflussung der Wahlen durch das sozialdemokratische Wahlkomite stattgefunden habe.

Abg. Richter (Hagen): Es ist Thatfache, daß sozialdemokratische Hamburger Volksblatt, sowie der sozialdemokratische Führer und frühere Abg. Reimer haben in Altona die für Karsten stimmenden Kräfte mit Entziehung der Rundschaft bedroht.

Schluß 4½ Uhr. Nächste Sitzung Dienstag 11 Uhr. (Interpellation Kommerowski; 2. Berathung des Etats.)

Aus dem Gerichtssaal.

Posen, 12. März. [Zur Anwendung der Kirchen-gesetze.] Heute kamen vor dem Kriminalsenate 22 Anklagesachen gegen 33 katholische Geistliche, von denen viele in mehrere Anklagen verwickelt waren, zur Verhandlung. Die Angeklagten, welche sämtlich vor Erlaß der Kirchengesetze angestellt worden waren, wurden beschuldigt, bei Ablassen und anderen kirchlichen Festen in benachbarten Pfarochien zur Aushilfe geistliche Amtshandlungen verrichtet zu haben. Die Ablässe hatten sämtlich im Kreise Kosten, zu Gortaduchowna, Oborsyl, in Kosten selbst und anderen Orten stattgefunden; die Geistlichen, unter denen sich auch einige Staatsreue, so z. B. der verstarbene Propst Welmitz zu Kosten, die Propste Gzapla, Jbidowski, Prominski, aus dem Delegation-Prozesse gegen den Domherrn Kurovski bekannt, befanden, gehörten theils dem Kreise Kosten, theils den benachbarten Kreisen an. Das Kreisgericht zu Kosten, welches sich in erster Instanz mit diesen 22 Anklagesachen befaste, hatte angenommen, daß § 23 des Gesetzes vom 11. Mai 1873 und Artikel 2 des Gesetzes vom 21. Mai 1874, wonach eine Geldstrafe bis zu 100 Thlr. jeden Geistlichen trifft, welcher Amtshandlungen vornimmt, ohne den Nachweis führen zu können, daß er zu einem hierzu ermächtigenden Amte oder zur Stellvertretung oder zur Hilfsleistung in einem solchen Amte berufen worden sei, sich auf diejenigen vor dem 11. Mai 1873 angestellten Geistlichen nicht beziehe, welche bei Ablassen z. in benachbarten Pfarochien zur Aushilfe einzelne geistliche Amtshandlungen verrichten, u. hatte demnach sämtliche Angeklagte freigesprochen. Dieses Erkenntniß war in zweiter Instanz aus demselben Grunde vom Kriminalsenate des hiesigen Appellationsgerichts bestätigt worden; das Obertribunal jedoch hatte diesen Grund in seiner Entscheidung als nicht zutreffend bezeichnet und sämtliche Anklagesachen nochmals an die zweite Instanz verwiesen. Demgemäß kamen dieselben heute vor dem Kriminalsenate des hiesigen Appellationsgerichts nochmals zur Verhandlung. Den Vorsitz führte Appellationsgerichtsrath v. Choltitz, als Vertreter der Staatsanwaltschaft fungirte Ober-Staatsanwalt Stute. Von den Angeklagten waren 5 erschienen, unter ihnen auch der staatsreue Propst Gzapla. Die 22 Anklagesachen wurden theils einzeln, theils in Gruppen behandelt. Der Gerichtshof ging bei Beurtheilung der einzelnen Fälle davon aus, ob die Angeklagten in dem guten Glauben gehandelt hätten, daß sie gemäß althergebrachtem Gebrauch auch ohne besondere Genehmigung seitens einer geistlichen Oberbehörde berechtigt seien, bei Ablassen z. in benachbarten Pfarochien zur Aushilfe geistliche Amtshandlungen zu verrichten, und sprach danach sämtliche Angeklagte frei, bis auf einen, den Missionar Hertmannowski zu Gzapla, welcher nicht bei einem Ablasse, sondern bei einer anderen Gelegenheit in einer fremden Pfarochie eine Messe gelesen hatte und deswegen zu einer Geldstrafe von 5 Mark, im Unvermögensfalle zu einer eintägigen Gefängnißstrafe verurtheilt wurde. Der Staatsanwalt Stute hatte zur Beweisaufnahme darüber, ob die Angeklagten schon vor Erlaß des Gesetzes vom 11. Mai 1873 ein Amt bekleidet, durch welches sie ein Recht erhielten, in auswärtigen Pfarochien einzelne geistliche Amtshandlungen zu verrichten, beantragt, einerseits den kgl. Kommissarius für die Vermögensverwaltung in den Diözesen Posen und Gnesen um Auskunft darüber zu ersuchen, welche von den Angeklagten bereits vor dem 11. Mai 1873 angestellt gewesen seien, andererseits den hiesigen Domherrn Grandke darüber zu vernehmen, ob und in welchem Umfange, bis zu welcher Entfernung, den Geistlichen es gestattet gewesen sei, ohne besondere Genehmigung in benachbarten Pfarochien zur Aushilfe bei Ablassen geistliche Amtshandlungen zu verrichten. Die Frage, ob die Verrichtung derartiger geistlicher Amtshandlungen strafbar sei, ist demnach weder vom Obertribunal, noch vom Kriminalsenate des hiesigen Appellationsgerichts entschieden worden.

Lokales und Provinzielles.

Posen, 13. März.

r. Die Prüfung über die wissenschaftliche Befähigung zu einjährigen Militärdienste hat gestern bei der hiesigen königlichen Regierung begonnen. Die Examinanden werden diesmal in zwei Serien geprüft. In der ersten Serie, zu welcher 7 gehören, haben gestern und heute 4 die Prüfung bestanden. Die zweite Serie wird heute und morgen geprüft.

r. Personalien. Der Gymnasiallehrer Dr. Rangen am Gymnasium zu Bongrowitz ist zum Oberlehrer ernannt, der Gymnasial-Oberlehrer Gallien von Bongrowitz an das Gymnasium zu Ostrowo, und der Gymnasial-Oberlehrer Dr. Zwoiski vom Gymnasium zu Ostrowo an das Gymnasium zu Bongrowitz versetzt worden.

r. Im Fort Winiary wurden heute Vormittag viele hundert unbrauchbar gewordene Leuchtkugeln abgebrannt, wodurch ein dicker, weithin sichtbarer weißer Dualm entstand.

— — — — —